Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Diamantzeile 50 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubeis, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 5.50 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 28 — Donnerstag, den 3. Februar 1921 — 49. Jahrgang

Der Reichstag gegen die Pariser Wahnsinns-Forderungen.

(Sitzung vom 2. Februar.)

Bei stark besetztem Hause und Tribünen eröffnet Präsident Löbe die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Regierungserklärungen zu den Pariser Beschlüssen.

Eine gemeinsame Erklärung der Mittelparteien.

Abg. Schiffer (Z.): Namens der Zentrumspartei, der Deutschen Volkspartei, Deutschen Demokratischen Partei, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes habe ich die Erklärung abzugeben: Die uns vorgelegten Noten enthalten Zumutungen, die weder mit den Bestimmungen des Friedensvertrages noch mit der Ehre und den wirtschaftlichen Lebensbedingungen des deutschen Volkes vereinbar sind. (Lebhafter Beifall.) In Schmerz und in Empörung, aber auch im vollen Bewußtsein unserer durch den furchtbaren Ernst der Sachlage gegebenen Verantwortung erheben wir feierlichst Widerspruch gegen den Mißbrauch der Gewalt. (Lebhafter Beifall.) Die Erklärung des Herrn Reichsministers des Aeußern billigen wir. (Lebh. Beifall.) In der Entwaffnungsfrage wollen wir die von uns übernommenen Verpflichtungen im Geiste loyaler Auslegung ausführen. Aus demselben Geiste loyaler Auslegung heraus legen wir aber Verwahrung ein gegen diejenigen Entschließungen, die offensichtlich gegen den Friedensvertrag verstoßen oder die in ihm gezogenen Grenzen überschreiten. (Sehr richtig!) Die Verantwortung dafür, daß durch unsere weitergehende Schwächung auch unsere Widerstandskraft gegen die von außen und innen drohenden Gefahren des Bolschewismus gelähmt wird, trifft die Alliierten. (Sehr wahr!) Die Vorschläge, die uns von den Alliierten unter Abänderung des Vertrages vorgelegt sind — darüber dürfen wir keinen Zweifel lassen —, sind für uns unannehmbar und nicht geeignet, die Grundlage für Verhandlungen zu bilden. Sie würden nicht die Gesundung des deutschen Volkes herbeiführen, sondern die wirtschaftliche und politische Verelendung des deutschen Volkes nach sich ziehen. Durch ihre Rückwirkung, die sie in ökonomischer und finanzieller Beziehung auf alle anderen Völker ausübt, würden sie auch diese in unseren Untergang verwickeln. Das deutsche Volk würde als Abnehmer und Verbraucher aus der Weltwirtschaft ausscheiden. In dieser Lage andere Wege zu zeigen, die die deutsche Leistungsfähigkeit nicht vernichten, ist die Absicht der Reichsregierung. Möge es ihr gelingen, auf der Grundlage neuer, diesem Gesichtspunkte entsprechender Vorschläge eine Einigung zu erzielen, die die Welt fruchtbarer Arbeit zuführt. Die Regierung wird uns an ihrer Seite sehen, wenn ihre Vorschläge abgelehnt werden und die Entente an ihren Forderungen festhält, die die Vernichtung des deutschen Volkes in Gegenwart und Zukunft bedeuten. (Stürmischer Beifall.)

Die Mehrheits-Sozialisten.

Abg. Müller-Franken (Soz.) gibt im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages stimmt den Ausführungen des Reichsministers des Aeußeren über die Unausführbarkeit der Pariser Vorschläge zu. (Lebhafter Beifall.) Eine deutsche Regierung, die bereit wäre, diese Vorschläge ausführbar zu erklären, wird sich nicht finden. (Lebhafter Beifall.) Sie würde das Vertrauen weder des Inlandes noch des Auslandes verdienen, denn sie würde sich einer Unwahrheit schuldig machen. (Sehr wahr!) Die geforderte 42jährige Zahlung würde die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes um ein Vielfaches übersteigen. (Lebhafte Rufe: Sehr richtig!) Die Forderung einer 12prozentigen Abgabe von der gesamten Ausfuhr ebenso wie der auf 42 Jahre berechnete Tilgungsplan stehen im Widerspruch zu der im Vertrage von Versailles festgelegten, in 30 Jahren zahlbaren festen Summe. Die Ausfuhrabgabe würde ein Zwang für die ganze Welt sein, auf dem deutschen Markte teuer einzukaufen, und eine Herabdrückung der Lebenshaltung, eine Verelendung der deutschen Arbeiterschaft bedeuten. Die geplante Kontrolle der deutschen Auslandsanleihen und des deutschen Zollsystems würde der Wirtschaft nicht nur Deutschlands, sondern der ganzen Welt eine unerträgliche Zwangsjacke anlegen. (Sehr richtig!) Die Sozialdemokraten des Reichstages richten an die Arbeiter aller Länder die Aufforderung, auf das Zustandekommen von Verhandlungen hinzuwirken und unter Berücksichtigung der internationalen gleichen Arbeiterinteressen das Wiedergutmachungsproblem einer praktischen, für die Welt heilsamen Lösung entgegen zu führen. (Lebhafter Beifall.) Die Entwaffnung Deutschlands, heißt es am Schlusse der Erklärung, ist heute schon so weit gediehen, daß auch für die anderen Völker kein Anlaß mehr besteht, die schweren Rüstungen weiter zu tragen, die sie jetzt noch bedrücken. (Sehr wahr!) Nur die allgemeine Entwaffnung wird den Frieden der Welt sichern und die Voraussetzung des wahren Völkerbundes schaffen, der das Ziel der sozialdemokratischen Arbeiterschaft der ganzen Welt ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Deutsch-Nationalen.

Abg. Hergt (D.-Natl.): Wir sind durchdrungen von dem Ernst der Lage. Die Forderungen des Feindbundes gehen noch weit über die unerträglichen und unausführbaren Bedingungen von Versailles hinaus. Für uns gibt es nur ein glattes „Unannehmbar". In der Entwaffnungsfrage hätten wir einen entschiedenen Ton gewünscht. Es handelt sich hier um Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes. Ostpreußen erwartet von seinem Vaterlande, daß es angesichts der bolschewistischen Gefahr nicht im Stich gelassen wird. Diese Gefahr besteht aber fort. Leider besteht auch fort die Gefahr des inneren Aufruhrs und der Unsicherheit für Volk und Eigentum. Die Erfüllung der wirtschaftlichen Forderungen würde die dauernde Versklavung und Entmündigung des deutschen Volkes herbeiführen. Die Vorschläge sind in keiner Weise eine Grundlage für Verhandlungen, sie müssen von vornherein abgelehnt werden. Das deutsche Volk steht wieder einmal vor der Entscheidung: Biegen oder brechen. Dagegen erheben wir feierlich Einspruch. Geht die Entente mit Gewalt vor, so zerreißt sie den Friedensvertrag. (Beifall.) Wir stellen uns vor jede Regierung, die diesem unerhörten Vergewaltigungsversuch mit unbeugsamer Entschlossenheit entgegentritt. (Beifall.) Wir würden aber auch jede Regierung bekämpfen, die Deutschlands Heil in der Nachgiebigkeit suchen würde. Wie eine Zentnerlast drückt der Versailler Vertrag auf uns. Man sollte glauben, daß die Entente uns wenigstens das nackte Leben lassen würde. Die Note hat uns bitter enttäuscht. Sie stellt Forderungen, die an Wahnsinn grenzen und nicht ernst genommen werden können. Durch das Land geht es wie ein einziger Aufschrei der Entrüstung. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. (Beifall.) Die Abgeordneten müssen der einmütigen Unterstützung des Volkes ihre Stimme leihen. (Beifall.) Zermürben will man uns durch Schrecken, zermürben wir die Gegner durch die Enttäuschung, die sie bei unserer Antwort erleben sollen. (Beifall.) Möge die Entscheidungsstunde des deutschen Volkes ein großes Geschlecht finden. (Lebhafter Beifall.)

Unabhängige und Kommunisten.

Abg. Ledebour (Unabh.): Ein großes Geschlecht würde von den verhetzenden Machenschaften zerstört, von denen der Vorredner gesprochen hat. (Pfuirufe rechts.) Herr Hergt und seine Freunde haben nichts gelernt und alles vergessen. (Unruhe rechts.) Die deutsche Arbeiterschaft hat das aber nicht vergessen. (Unruhe rechts. Ein Teil der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei verläßt den Saal. Rufe rechts: Ententevertreter! Rufe links: Kriegsverbrecher!) Der Redner bespricht dann die Einzelheiten der Note. Daß die Ententeforderungen in so diktatorischer Form gestellt wurden, ist die Schuld die Bewegung, die darauf hinarbeitet, Kriegsvorbereitungen durch Aufstellung von geheimen Truppenverbänden, wie Orgesch und ähnlichen Selbstschutzorganisationen, zu treffen. Wir versprechen uns, wenn es zur Verhandlung kommt, sehr viel von der Einsicht der englischen und französischen Arbeiter.

Abg. Levy (Komm.): Die Erklärung der Regierungsparteien steht im Widerspruch zu der Erklärung des Kabinetts. Mit allen diesen Fragen werden Sie der Entente nicht imponieren und nicht eine Annäherung des Abg. Müller-Franken. Mit ihren sämtlichen Mitteln kann die Regierung nichts gegen die Entente ausrichten, nur eine Macht gibt es, die die große Weltwende herbeiführen kann, Sowjetrußland. Sie ist die einzige Macht der Welt, die sich dem feindlichen Ententekapitalismus nicht gefügt hat. (Sehr wahr bei den Komm.) Die deutsche Regierung hat die große Bedeutung dieser Machtverhältnisse noch immer nicht erkannt. (Gelächter bei den Mehrheitsparteien.) — Damit schließt die Besprechung.

Präsident Löbe:

Mit Ausnahme des Vertreters der Kommunisten haben die Redner aller Parteien die Unmöglichkeit der Ausführung der uns in der Note auferlegten Verpflichtungen dargelegt. Mögen uns die Tatsachen erspart bleiben, die sich ergeben müssen, wenn unsere Gegner gewalttätig den Versuch zur Durchsetzung ihrer Forderungen machen. (Lebhafte anhaltende Zustimmung.) Der stärkste Arm muß erschlaffen, der beste Wille versagen, wenn einem Volk, das abgeschnitten von allen Hilfskräften den Krieg und seine Folgen ertragen hat, zugemutet wird, sich neue Wirtschaftsfesseln anlegen u. neue unerträgliche Bürden aufladen zu lassen. (Anhaltende Unterbrechungsrufe durch die Kommunisten. Große Unruhe im Hause.) Der Fremde darf aus dem Treiben in unseren Hotels und vornehmen Restaurants nicht auf das normale Volksleben schließen. (Sehr wahr!) Wo von 600 Gemeindekindern 400 kein Hemd auf ihren hageren Körpern tragen, (Hört! Hört!), wo Rhachitis und Tuberkulose ihre Opfer suchen, wo die Mutter die Bitte des Kindes um ein zweites Stück Brot ausschlagen muß, wo Hunderte und Tausende vergeblich eine Wohnung suchen, dort findet das Elend neue Opfer und vernichtet einen Teil unserer Volkskraft. Wird die warnende Stimme des deutschen Volkes überhört, dann tragen die Folgen nicht wir, sondern ganz Mitteleuropa und auch Sie (zu den Kommunisten), die jetzt rufen. (Anhaltender Beifall und Händeklatschen im Saal und auf den Tribünen. Erneute Zwischenrufe der Kommunisten. Gegenrufe und stürmische Pfuirufe bei der Mehrheit.

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.) verliest die mitgeteilte Kundgebung des bayrischen Landtages. — Es entspinnt sich nun eine stürmische Geschäftsordnungsaussprache. Die Kommunisten und Unabhängigen erheben Einspruch dagegen, daß der Präsident nach Schluß der Aussprache noch sachliche Ausführungen gemacht habe. Abg. Trimborn (Ztr.) erklärt, daß es von jeher Sitte im Reichstag war, daß in geschichtlichen Augenblicken der Präsident die Stimmung des Hauses zusammenfasse. (Lebhafter Beifall.)

Damit schließt die Geschäftsordnungsaussprache. Der Notetat wird in dritter Lesung genehmigt. Es folgen die zurückgestellten Abstimmungen zum Haushalt des Wehrministeriums. Ein Antrag auf Vorlegung des Verzeichnisses der Waffenbestände der Reichswehr wird angenommen. Angenommen wird ein Antrag, die kaufmännische Buchführung und Geschäftsführung bei der Marinewerft in Wilhelmshaven einzuführen. Angenommen werden Anträge der bürgerlichen Parteien, wonach die vom Ausschuß gestrichenen Offiziersstellen bei der Reichswehr und der Reichsmarine wieder hergestellt werden. Zugestimmt wird der ersten Rate zum Bau eines kleinen Kreuzers. — In dritter Lesung wird mit zwei Drittel Mehrheit angenommen das Gesetz über den Erlaß von Verordnungen für die Zwecke der Uebergangswirtschaft. — Es folgt die zweite Lesung des Betriebsbilanzgesetzes. Die Vorlage wird nach kurzer Aussprache in der Fassung des Ausschusses angenommen. — Dem Antrage des Geschäftsführungsausschusses auf Verfagung der Genehmigung der Strafverfolgung des Abg. Eichhorn (Komm.), Teuber (Komm.) und Ernst (Unabh.) wird zugestimmt. — Der Untersuchungsausschuß, der die gegen den Reichsernährungsminister Hermes erhobenen Vorwürfe prüfen soll, soll aus acht Mitgliedern bestehen.

Donnerstag: Wehrgesetz, kleine Vorlagen.

Der Arbeitsplan der Brüsseler Sachverständigenkonferenz.

(TU) Der N. N. C. meldet aus Brüssel, daß die Konferenz der alliierten und deutschen Sachverständigen ihre Arbeiten am 7. Februar unter dem Vorsitz von Delacroix wieder aufnehmen wird. Die Deutschen werden in Hugo Stinnes einen parlamentarischen Vertreter haben. Die Sachverständigen haben vom Obersten Rat den Auftrag erhalten, ihren Bericht bis zum 20. Februar fertig zu stellen. Am 21. Febr. wird der Oberste Rat von neuem in London zusammentreten, um die Aenderungen zu untersuchen, die an dem Vertrag von Sèvres vorzunehmen sind. Die Deutschen werden erst vom 28. Februar ab an den Beratungen teilnehmen. Am gleichen Tage werden auch die belgischen Vertreter nach London reisen. Die Sachverständigen haben die Aufgabe, auf ihrer Zusammenkunft in Brüssel das Mindestmaß der von Deutschland zu zahlenden Jahreszahlungen zu bestimmen, weiter die Kosten an der Besatzungsarmee auf ein Minimum herabzusetzen, die äußerst heikle Frage der Verrechnungskontrolle zu besprechen und Vorschläge zur Wiederherstellung der deutschen Finanzen zu machen. In diesem Punkt wird in erster Linie gesagt, daß der deutsche Steuerzahler gezwungen werden muß, dieselben Steuern zu zahlen, die in den höchst besteuerten alliierten Ländern aufgebracht werden müssen.

Nach einer Havasmeldung aus Brüssel glaubt man dort, daß die für den 7. Februar angesetzt gewesene Sachverständigenkonferenz aufgehoben wird. Die Havasnotiz sagt, es bestehe Grund zu der Annahme, daß die belgische Information richtig sei.

Minister Simons unter den deutschen Delegierten.

In London wurde folgender amtlicher Bericht veröffentlicht: Ueber die Art und Weise, wie Deutschland die ersten jährlichen Beträge des Schadenersatzes bezahlen wird, werden auf der Zusammenkunft der Verbündeten am 21. Februar Beschlüsse gefaßt werden. Wie hier verlautet, wird Deutschland Delegierte zu dieser Zusammenkunft entsenden, und zwar wird der Minister des Aeußern, Dr. Simons, einer von ihnen sein. Man erwartet, daß Bergmann und Siemens, die Delegierten von Brüssel, die mit allen Einzelheiten der Entschädigungsfrage vertraut sind, ihn begleiten werden.

Millerand droht mit Zwangsmaßregeln.

„Journal des Debats" meldet: Unter dem Vorsitz von Millerand trat der Oberste Kriegsrat zusammen. Das Ergebnis der Pariser Konferenz wurde von ihm vollkommen gebilligt. Der Oberste Kriegsrat behandelte sehr eingehend alle in Betracht kommenden Maßnahmen militärischer Art für den Fall, daß Deutschland sich den Bedingungen der Alliierten widersetze. Millerand erörterte in der Sitzung auch, daß die Lage Frankreichs es erfordere, daß Deutschland zur Zahlung der von den Alliierten festgelegten Summen gezwungen werden müsse, falls es sich widerspenstig zeige. Die militärischen Streitkräfte der Alliierten müßten unter allen Umständen mobil bleiben, um in das unbesetzte Rheinland einzumarschieren, wenn Deutschland sich gegen die Zahlungen weigern sollte.

Die Stellungnahme Amerikas.

Die „Exchange Agentur" meldet aus Neuyork: Im Senatsausschuß gab Colby auf eine Anfrage Rolls im Namen des Präsidenten die Erklärung ab, daß Amerika zu keinem Einspruch gegen die Pariser Beschlüsse der verbündeten Staaten Anlaß habe. — Der Sun-Vertreter befragte Harding über seine Stellungnahme zu den neuen Verbandsforderungen an Deutschland. Die Erwiderung Hardings läßt annehmen, daß der kommende Präsident in den europäischen Fragen völlig neutral und desinteressiert bleiben will.

Entschlossene Haltung des deutschen Beamtenbundes.

Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat in seiner Sitzung vom 1. Februar zu der durch die Pariser Beschlüsse geschaffenen politischen Lage in folgender Entschließung Stellung genommen: „In vollkommener Einmütigkeit bringt der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes zum Ausdruck, daß mit dem gesamten deutschen Volk auch die im Deutschen Beamtenbund organisierte Beamtenschaft in einheitlicher Entschlossenheit hinter dem zu erwartenden Protest der deutschen Regierung gegen das unmenschliche Vernichtungsdiktat der Alliierten mit seiner unausbleiblichen katastrophalen Wirkung steht. Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes ist entschlossen, sich unter Aufbietung des letzten seiner Mitglieder — wenn nötig in geschlossener Einheitsfront mit allen übrigen Arbeitnehmern — für den entscheidenden Widerstand gegen die wirtschaftlichen Bedingungen verblendeter Sieger zur Verfügung zu halten."

Weitere Kundgebungen gegen die Pariser Beschlüsse.

Im württembergischen Landtage führte der Präsident Walter aus: Der Oberste Rat in Paris hat in seinen Beschlüssen Forderungen aufgestellt, die in ihrer unerhörten Grausamkeit geradezu lähmendes Entsetzen hervorgerufen haben. Diese Forderungen zu erfüllen, ist ein Ding der Unmöglichkeit, sie bedeuten die Vernichtung der Existenz des deutschen Volkes, sie verhindern den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens und die Anlegung unerträglicher Sklavenfesseln über ein Menschenalter hinaus. Solches Sklavenjoch müsse dem deutschen Volke alle Lust und Liebe an jeder Betätigung von vornherein nehmen, den Glauben auf eine bessere Zukunft vernichten und die Hoffnung auf eine Versöhnung aller Völker rauben. Einmütig lehnen deshalb alle deutschen Stämme und Völker das Verlangen der Entente entschieden ab.

Die Hamburger Bürgerschaft wandte sich vor Beginn der gestrigen Sitzung in Anwesenheit des versammelten Senats in einer Kundgebung gegen die unerfüllbaren Forderungen der Entente. Der Präsident richtete im Einvernehmen mit allen Parteien, ausgenommen den Kommunisten, das Ersuchen an den Senat, die Reichsregierung in ihrem ablehnenden Standpunkt zu unterstützen. Bürgermeister Stolten stellte das Einvernehmen des Senats mit der Bürgerschaft fest und erklärte, daß der Senat willens sei, einen entsprechenden Schritt in Berlin zu tun. Die Kommunisten gaben vor fast leerem Saal eine Erklärung ab, die sich gegen den internationalen Kapitalismus wandte.

Bei Beginn der gestrigen Börsenversammlung in Bremen richtete der Präsident der Handelskammer an die bremische Kaufmannschaft einen Protest gegen die Forderung der Alliierten. Die Versammlung beschloß einstimmig die Absendung eines Telegramms an die Reichsregierung, in dem es heißt: Die bremische Kaufmannschaft weist mit gerechter Entrüstung die finanziellen Forderungen der Feinde zurück, die Deutschlands völlige Vernichtung bedeuten würde und fordert von der Reichsregierung schärfste Abweisung.

Kommunistische Putschversuche in Magdeburg und Stendal.

Vom Magdeburgischen Polizeipräsidium wird mitgeteilt: Kommunistischen Putschversuchen sind die Behörden in Magdeburg und Stendal auf die Spur gekommen. Es handelt sich dabei um einen Putsch, der in den nächsten Tagen in Stendal vor sich gehen sollte. Durch die Ermittelungen ist eine ganze Reihe von Personen in Stendal belastet worden, sodaß ihre Verhaftung angeordnet werden mußte. Die Spuren führten auch nach Magdeburg zu dem Kommunistenführer Albert Vater, dessen Verhaftung gleichfalls erfolgte, weil sich bei der Durchsuchung des Bureaus der K. P. D. belastendes Material gegen ihn vorfand. Die Verstöße richten sich gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. 5. 20, die die Organisation militärischer Verbände unter Strafe stellt.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 3. Febr. **(Verschiedenes.)** In der vergangenen Woche waren Vertreter des Ruhrgebietes zu einer Besprechung beim Ernährungsminister Dr. Hermes geladen. Gegenstand der Verhandlung war die **Milchversorgung des Industriegebiets.** Anwesend waren folgende Herren: Direktor Gabriel-Essen, Direktor Wagner-Buer, Dr. Sendhoff-Bochum und Stadtrat Kremer-Dortmund. Wie es heißt, haben sich die Herren sehr befriedigt über diese Unterredung geäußert.

(Der Wert der Mark.) Es waren zu zahlen:

für:		am 1. Februar	am 31. Januar	am 25. Januar
Holland	100 Fl.	2250 Mk.	2015 Mk.	1865 Mk.
Schweden	100 Kr.	1465 „	1322 „	1212 „
Schweiz	100 Fr.	1072 „	975 „	885 „
Frankreich	100 Fr.	453 „	432 „	421 „
England	1 Pfd. St.	245 „	232 „	213 „
Amerika	1 Dollar	67 „	60.50 „	56,60 „

(Vor dem Kriege war der Kurs in Holland 168 Mk., in Schweden 112 Mk., in der Schweiz und Frankreich 80 Mk. für je 100, in England 20,43 und in Amerika 4,20 für je 1 der betr. Landeswährung. — Den tiefsten Stand hatte die deutsche Mark am 27. Januar 1920 erreicht, an welchem Tage in Holland 4200, in Schweden 2000, in der Schweiz 1800 Mark für je 100 Gulden bezw. Kronen oder Franken, in England 350,65 für 1 Pfd. St. und in Amerika 103,65 für 1 Dollar bezahlt werden mußten. Am höchsten stand die Mark nach langem Tiefstand am 26. Mai 1920 in Holland 1200, [illegible] 720, und Schweiz 625.)

*

Provinzialverband der Beamtenvereine.

In Hamm tagten, wie das „Westf. Tgbl." meldet, die Vertreter der westfälischen Beamten- und Lehrervereine, um zunächst den Bericht des Provinzialvorsitzenden, Oberpostsekretär Baumhoff (Hagen) über den Stand der Ortsklasseneinteilung entgegenzunehmen. Baumhoff berichtete als Mitglied des Reichsgutachterausschusses über die Grundsätze, die bei der Einstufung der Orte maßgebend sein würden. Neben der amtlichen Teuerungsstatistik, deren große Mängel er zutreffend beleuchtete, wolle die Regierung maßgebend sein lassen die Größe des Ortes, die Wohnungsstatistik vom Jahre 1918, die Gestaltung der Arbeiterlöhne, namentlich den Reichslohntarif. Besondere Fürsorge würden auch Eisenbahnknotenpunkte, Badeorte, Grenzgebiete und Orte mit vielen Behörden finden. Dagegen würden die Arbeitslosensätze, die Kriegseinstufungen in billige und teure Orte keine Rolle spielen. Des weiteren führte er aus, daß die Regierung es ablehne, in den Orten unter 10 000 Einwohnern statistische Ermittelungen anzustellen, daß sie vielmehr für diese Orte die jetzt schon eingestuften Orte als Richtorte gelten lassen wolle. Auch habe sie fest zugesagt, bestimmte Wirtschaftsgebiete, wie das Industriegebiet, einheitlich zu behandeln. Die endgültigen Verhandlungen würden Anfang Februar beginnen. Jedoch sei an eine Verabschiedung des Gesetzes vor Ende März nicht zu denken. Eine lebhafte Aussprache löste die Differenzierung der Kinderzuschläge und des Teuerungszuschlages nach Ortsklassen aus. Dazu wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Provinzialverband des Deutschen Beamtenbundes für Westfalen erblickt in der nach Ortsklassen verschiedenen Festsetzung des Ausgleichszuschlags und der Kinderzulagen eine unberechtigte und darum ungerechte Zurücksetzung der Beamten des Landes und der kleinen Städte. Er erwartete vom Deutschen Beamtenbund, daß er mit allen Mitteln auf Beseitigung dieser ungerechten Behandlung seiner Mitglieder drängt."

Außerdem wurden folgende Entschließungen angenommen:

Der Provinzial-Verband erwartet, daß das Beamtenrätegesetz sofort dem Reichstag zugeht und von diesem mit größter Beschleunigung verabschiedet wird. Er erwartet ferner, daß unverzüglich eine Vorlage betr. Neuregelung des gesamten Beamtenrechts ausgearbeitet und dem Reichstag vorgelegt wird.

Der Provinzial-Verband gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß die Auszahlung der Bezüge auf Grund der neuen Besoldungsgesetze unverzüglich erfolgt.

Nach einem fesselnden Vortrag des Oberpostsekretärs Boyer (Münster) über die Tagung des Beamtenwirtschaftsbundes in Berlin wurde eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten erledigt. In den Bundesausschuß des Deutschen Beamtenbundes wurden gewählt: Ober-Postsekretär Baumhoff (Hagen) und Eisenbahnsekretär Klein (Münster). Anstelle des wegen Krankheit ausgeschiedenen Studienrats Großjohann (Oeynhausen) wurde Studienrat Dr. Heibges (Lippstadt) in den Vorstand berufen.

*

Eine Kontrolle der Klebekarten für die Invalidenversicherung beginnt mit dem heutigen Tage. Wir weisen besonders auf die Bekanntmachung in heutiger Nummer hin.

(Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.) Die Einlösung der Lose zur 2. Klasse 17. (243.) Lotterie muß bis zum Freitag, den 4. Februar, erfolgen.

* **Werne** (Bez. Münster), 3. Febr. **Vor der Strafkammer** in Münster hatten sich die Schlosser Gottfried Mier und Wilhelm Succo, beide aus Dortmund, sowie der Chauffeur Ignaz Kobus aus Düsseldorf wegen eines geplanten Ueberfalles auf einen Lohngeldtransport der Zeche „Werne" zu verantworten. Der Haupttäter, ein gewisser Brosius aus Dortmund, ist flüchtig geworden, sodaß gegen ihn nicht verhandelt werden konnte. Als gelegentlich von Ueberfällen die Rede war, äußerte der Bergmann A. in Werne einem gewissen Sch. gegenüber, daß ein solcher Ueberfall ein einträgliches Geschäft sei. Auch auf seiner Zeche könnte leicht ein solcher Ueberfall erfolgreich ausgeführt werden. Das interessierte den Sch. sehr, sodaß er nach einigen Tagen mit dem Schlosser Gottfried Mier an ihn herantrat und die Sache weiter ausfragte. Dem A. kam die Sache verdächtig vor, ohne zu wissen, daß letzterer an diesen Raubüberfällen schon beteiligt gewesen sei. Er meldete seine Erfahrungen der Polizei in Werne, die darauf drängte, daß er sich dem Scheine nach mit den Leuten näher einlassen sollte. A. hatte im Einverständnis mit der Polizei den Plan so festgelegt, daß das Auto mit den Räubern in eine Sackgasse kommen würde, wo man die Insassen leicht fassen könne. Brosius mietete in Düsseldorf ein Automobil und fuhr mit Kobus nach Kamen. Dort stiegen Mier und Succo ein und dann gings nach Werne. Als das Auto morgens gegen 8 Uhr an der verabredeten Stelle eintraf, wurden von den dort Wache haltenden Polizeibeamten etwa 40 Schüsse auf das Auto abgegeben, das dadurch so beschädigt wurde, daß es halten mußte. Die Insassen sprangen heraus, worauf sie von den Beamten in Haft genommen wurden. Aus rechtlichen Gründen konnte das Gericht Succo und Kobus nicht schuldig sprechen, da die Tat über die Vorbereitung nicht hinausgekommen sei. Mier erhielt wegen unbefugten Waffenbesitzes 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, die unter Einschluß der bereits verhängten Strafe in eine Gesamtstrafe von 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis verwandelt wurde.

(W) **Münster**, 2. Febr. **(Die verhaftete Zentraloberleitung.)** Amtlich werden die Namen der am 19. Januar 1921 in Sachen der Roten Armee verhafteten Mitglieder der Zentraloberleitung Essen mitgeteilt: Bergmann Alfred Schröer-Essen, Hochschullehrer und Oberleutnant d. R. a. D. Hermann Kaiser-Essen, Schlosser und Hausmeister des kommunistischen Parteiorgans „Ruhrecho" Heinrich Rapig-Essen, Gärtner Klingmüller-Düsseldorf, Bergmann Fritz Harbig-Lünen, Kontrollgehilfe Ernst Lohagen-Elberfeld, gegen den Gärtner Heßler-Elberfeld, der flüchtig geworden ist, ist ein Haftbefehl erlassen worden. Auf Grund der in dem beschlagnahmten Material gefundenen Waffenlisten haben Haussuchungen zunächst in Düsseldorf und Barmen zahlreiche Handfeuerwaffen und Munition zu Tage gefördert. Das Verfahren schwebt bei dem außerordentlichen Gericht in Kassel. Die Hauptverhandlung ist in kürzester Zeit zu erwarten.

(g) **Münster**, 28. Jan. **Mit 17 Jahren zum Mörder** wurde der Bergmann Anton Schnieder aus Olfen, der beschuldigt wird, am 18. Juli 1920 aus dem Hinterhalt die 20jährige Haustochter Elisabeth Voß durch einen Schuß in den Kopf getötet und versucht zu haben, durch weitere Schüsse den 20jährigen Friseur Bernhard Hegemann aus Bork, der sich in Begleitung des Mädchens befand, aus dem Wege zu räumen. Die Anklage, die wegen der Jugend des Beschuldigten vor der Strafkammer und nicht vor dem Schwurgericht zur Verhandlung kam, lautete auf Mord und Mordversuch sowie auf verbotenen Waffenbesitz. Der Angeklagte zeigt keine Spur von Reue und tut so, als ginge ihn die Sache nichts an. Die Veranlassung zu dem Morde wurde Schnieder auf einer Tanzbelustigung in Lüdinghausen gegeben, die dort nach dem Rennfest am 18. Juli vorigen Jahres abgehalten wurde. Zu dem Tanzabend kam die Haustochter Voß, die sich mit einer Freundin an einen Tisch setzte. Es war auch der Bergmann Schnieder zugegen, der mit seiner Braut an einem anderen Tische Platz genommen hatte. Gelegentlich hatte er auch der Voß ein Tänzchen angeboten, das diese aber im weiteren Verlaufe des Abends ablehnte, als sich der Friseur Bernhard Hegemann zu ihr gesetzt hatte. Das hatte Schnieder sichtlich geärgert. Die Kränkung möchte aber wohl dadurch noch wirkungsvoller geworden sein, daß ihm der Friseur Hegemann gesagt hatte, er solle zu seinem Mädchen gehen. Nach Schluß des Festes brachte Hegemann die Voß nach Hause. Etwa gegen 4 Uhr früh krachte ein Schuß. Die Kugel ging am Ohr des Mädchens vorbei. Als man sich nach der Ursache der Schießerei umsah, fiel der zweite Schuß. Mit einem Aufschrei stürzte das Mädchen tot zu Boden. Der Begleiter blieb stehen und sah sich zunächst nach allen Seiten um. In etwa zehn Meter Entfernung bemerkte er eine Person, anscheinend in Feldgrau, die nun einen dritten Schuß abgab. Hegemann machte sich nun aus dem Staube, und das war sein Glück, denn der Schütze gab noch einen vierten Schuß ab. Die Kugeln verfehlten ihr Ziel. Der Geisteszustand des Angeklagten, den Professor Dr. Többen untersucht hat, steht unter dem Zeichen angeborenen Schwachsinns. Das Gericht nahm nicht Mord, sondern Totschlag und Totschlagsversuch für vorliegend an und verhängte gegen Schnieder unter Einschluß von sechs Monaten für den verbotswidrigen Waffenbesitz eine Gesamtstrafe von 7 Jahren 4 Monaten Gefängnis.

Dattenfeld b. Schaden (Sieg), 1. Febr. **(Mordtat.)** Die 53jährige Handarbeitslehrerin und Filialleiterin Maria Busch aus Dreisel wurde mit fünf Browningschüssen im Kopf tot im Straßengraben des von Dreisel nach Dattenfeld führenden Weges liegend aufgefunden. Der 17jährige Fabrikarbeiter Becker wurde in Haft genommen.

(W) **Duisburg**, 2. Febr. **(Interessengemeinschaft.)** Die Gesellschaften „Rhenstahl" und „Arenberg" veranstalteten eine Betriebs- und Interessengemeinschaft, beginnend am 1. 1. 21 zunächst auf 10 Jahre derart, daß die Gewinnergebnisse beider Gesellschaften zusammenfließen.

? **Wesel**, 28. Jan. **(Ein feiner Fang.)** Bei der Revision eines Kraftwagens durch eine Polizeipatrouille auf der Dinslakener Straße wurden bei den beiden Insassen fünf Pfund Butter und neun Pfund Zucker gefunden. Hierauf untersuchte man die Leute erneut und fand zwischen Wäschestücken, dem Futter der Ueberzieher und in den Taschen einen Geldbetrag von über 83 000 Mark und 2 Brillanten. Die beiden Personen hatten das Geld, wie ermittelt wurde, tags zuvor bei einem Lebensmittelhändlerverein in Sonsbeck entwendet und davon etwa 5000 Mark bereits in Krefeld in leichtsinniger Gesellschaft verjubelt. Einer der Festgenommenen war beim Lebensmittelhändlerverein in Sonsbeck als Geschäftsführer angestellt gewesen und hat, wie er selbst angibt, schon seit September vorigen Jahres Unterschlagungen in Höhe von 250 000 Mark begangen.

** **Köln**, 2. Febr. **Zum Streik in Leverkusen** wird mitgeteilt, daß auf Anordnung der Besatzungsbehörde die lebenswichtigen Betriebe aufrecht erhalten werden sollen. Dies sind die Betriebe zur Erzeugung von Gas, Wasser und Elektrizität. In einer Bekanntmachung werden die dafür in Frage kommenden Arbeiter aufgefordert, sich unverzüglich in ihren früheren Betrieben zu melden.

Die Steuererklärungen zweier Abgeordneten.

Aus Anlaß der Behandlung des Etats des Reichsfinanzministeriums im Hauptausschuß des Reichstages wurde beschlossen, von einer allgemeinen Finanzdebatte im Augenblick mit Rücksicht darauf Abstand zu nehmen, daß zunächst die auswärtige Lage geklärt sein müsse. Hoch (Soz.) wies darauf hin, daß die Betriebskrankenkassen der Reichsbetriebe jetzt die Vorschüsse abzahlen müßten, die sie während der Kriegszeit erhalten hätten. Da der Hauptbestand der Betriebskrankenkassen sich aus Kriegsanleihen zusammensetzte, so fragte der Redner, ob die Kriegsanleihen zum Selbstkostenpreise oder zum gegenwärtigen Kurswert angenommen würden. Im letzteren Falle würden naturgemäß die Krankenkassen erhebliche Einbuße erleiden, die sie kaum verschmerzen könnten. Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte sich bereit, derartige Einzelfälle, die besondere Härten aufweisen, einer Nachprüfung zu unterziehen. Andre (Ztr.) kam auf die Wegnahme der Steuerrollen des Abgeordneten Erzberger zu sprechen. Die Akten seien bei der Finanzbehörde entwendet, sodann zum Teil abgeschrieben, photographiert, vervielfältigt und wieder zur Finanzbehörde zurückgebracht worden. Hier liege ein schwerer Mißbrauch sowie eine Verletzung der Amtspflicht der in Frage kommenden Beamten vor. Der Redner fragte, ob überhaupt eine Untersuchung gegen die in Frage kommenden Beamten geführt worden sei? Der Redakteur Ernst Bilck von der Ostpreußischen Zeitung rühme sich, daß er sich selbst Auszüge und Photographien aus den Steuerakten Erzbergers habe geben lassen. Hier müßte mit der Untersuchung eingesetzt werden. Dann stellte der Abgeordnete Andre folgende Fragen: Wie steht es mit der Erledigung des Falles des Abgeordneten van den Kerkhoff? Ist die Sache damit für die Steuerverwaltung erledigt, daß die Staatsanwaltschaft die Untersuchung mit Rücksicht auf die Immunität des Abgeordneten van den Kerkhoff eingestellt hat? Reichsfinanzminister Dr. Wirth erwiderte bezüglich des Aktendiebstahls im Fall Erzberger sei bisher eine Aufklärung leider nicht erfolgt. Was die Sache van den Kerkhoff anbetreffe, so behalte sich der Finanzminister die Prüfung der Akten vor, die er sich sofort habe kommen lassen. Die Sache könne noch nicht abschließend beurteilt

---

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

41. Fortsetzung.

Am andern Tage fuhren die Schönauer Damen nach Berndorf.

Als der Wagen vor dem Portal des Schlosses hielt, kam Ralf Jansen schnell aus der Schloßhalle an den Wagenschlag und begrüßte die Damen mit frohem Eifer. Er hatte schon seit einer Stunde voll Unruhe immer wieder aus dem Fenster gesehen. Sein erster Blick galt nun Dagmars Gesicht, und da sie gefaßt und ruhig schien und ihn sogar mit einem Lächeln begrüßte, so wurde sein Herz leichter.

Artig half er den Damen aus dem Wagen und wollte, seinem Herzen folgend, Dagmar den Arm reichen, um sie ins Haus zu führen. Er sah ja doch nur die Komtesse. Aber Dagmar wußte ihn geschickt und mit freundlicher Güte so zu leiten, daß er merkte, daß er Frau von Schönau führen mußte. Als er ihr den Arm reichte, sah er Dagmar an, als wollte er fragen: „Ist es recht so?"

Lieb lächelnd nickte sie ihm zu.

So gingen sie nun durch die schöne, hohe Schloßhalle in ein zu ebener Erde liegendes Empfangszimmer. Hier kam ihnen Frau Jansen entgegen. Sie sah in ihrem schlichten Seidenkleid, mit dem Spitzenhäubchen auf dem weißen Haar sehr lieb und würdig aus, so daß man gar nicht daran dachte, sich zu fragen, ob die schlichte Frau in diese stolzen Räume passe.

Ralf war ganz ungezwungen. Vor den Schönauer Damen hatte er längst alle Unsicherheit verloren. „Laß dir unsere lieben Gäste vorstellen, Mutterle", sagte er und nannte die Namen der drei Damen. Frau Jansen sah mit großen, ernsten Augen von einer zur andern. Am längsten ruhte ihr Blick auf Dagmar. „Seien Sie uns herzlich willkommen! Es freut mich sehr, daß Sie uns die Ehre geben. Bitte, nehmen Sie Platz", sagte sie mit schlichter Würde. Frau von Schönau faßte ihre Hand. Sie erschrak ein wenig, weil diese Hand so arbeitshart und fest war. Aber sie konnte sich beherrschen.

„Die Freude ist gegenseitig, Frau Jansen", sagte sie liebenswürdig. Frau Jansen reichte nun auch Dagmar die Hand. Sie sah mit ihren guten, klaren Augen, die sehr an die ihres Sohnes erinnerten, in das blasse Gesicht der Komtesse, das vom Leid gezeichnet worden war.

Schnell zog die Komtesse die Hand der alten Dame an die Lippen. Sie schreckte nicht davor zurück, daß diese Hand arbeitshart war. Frau Jansen machte ihr einen verehrungswürdigen Eindruck, und das wollte sie ihr und auch Ralf zeigen.

Ein wenig erschrak die alte Dame, als Dagmars Lippen ihre Hand berührten. Schnell legte sie ihre andere Hand auf die Dagmars.

„Nicht, liebe Komtesse, das dürfen Sie nicht tun. Ich bin das nicht gewöhnt. Sehen Sie meine harten, verarbeiteten Hände", sagte sie sanft abwehrend, aber sehr freundlich. Ihre Augen sahen voll Wärme und Güte in das schöne, blasse Gesicht des Mädchens, dem ihres Sohnes Herz gehörte.

Dagmars Gesicht rötete sich leicht unter dieser Abwehr. Aber sie sah Ralf ängstlich forschendes Gesicht und lächelte:

„Sie müssen es mir gestatten, gnädige Frau. Gerade Ihre Hände sind verehrungswürdig. Sie haben damit, wie ich weiß, in schlimmen Zeiten für Ihren Herrn Sohn gearbeitet. Er hat es mir erzählt. Und deshalb küsse ich Ihre Hände. Wir sind Herrn Jansen so viel Dank schuldig geworden. Er nimmt keinen Lohn dafür an. Lassen Sie uns Ihnen danken dafür, daß Sie Ihren Sohn zu einem so guten, edlen Menschen erzogen haben, der in solch hilfsbereiter und selbstloser Weise für schutzlose Frauen eintrat."

Das sagte Dagmar warm und in ehrlicher Herzlichkeit.

Frau Jansen hörte den rechten Herzenston aus ihren Worten und nickte Dagmar freundlich zu.

„Wenn Sie es so meinen, dann muß ich es mir wohl gefallen lassen. Aber mein Sohn tut recht, wenn er keinen Dank annimmt, für eine Tat, die er als eine Menschenpflicht ansah."

Auch Lotte küßte nun der alten Dame die Hand und sah sie so lieb und herzlich an, daß diese sanft den blonden Scheitel streichelte.

Man nahm nun Platz, und dank Dagmars und Lottes Bemühen kam schnell ein ungezwungener Ton auf. Auch Frau Ellen war ungemein liebenswürdig, und Ralf strahlte über das ganze Gesicht.

Er hatte nach seiner gestrigen Unterredung mit Dagmar allerlei unklare Befürchtungen gehabt. Diese waren erst von ihm gewichen, als er sah, daß die Komtesse ruhig und gefaßt war. Wohl sah er ihr an, daß sie gelitten hatte und noch litt. Daß sie aber tapfer und stolz bezwang, was ihre Seele bewegte, erfüllte ihn mit neuer Bewunderung für sie und vertiefte seine Liebe noch mehr.

Er freute sich, daß sein Mutterle so schlicht und herzlich mit den Aristokratinnen plauderte. Sie lachte einige Male in ihrer leisen, sympathischen Art über Lottes drollige Bemerkungen.

Frau Jansen ließ auch Erfrischungen bringen, frische Früchte, kleine Kuchen und süßen Wein. Die Damen bedienten sich zwanglos, und Lotte schmauste mit Behagen.

Die Schönauer Damen mußten sich sagen, daß Mutter und Sohn durchaus nichts von Emporkömmlingen an sich hatten. Gerade hier in ihrem eignen Heim zeigte sich das besonders. Sie wollten nicht mehr scheinen, als sie waren, und gerade deshalb wuchsen sie über sich selbst hinaus.

Als die Damen sich schließlich erhoben, um sich zu verabschieden, sprachen sie aus, was sie empfanden: daß sie eine reizende Stunde in Schloß Berndorf verlebt hatten. Selbst Frau Ellen gestand es sich ein. Sie hätte vielleicht nicht das nötige Verständnis für diese schlichten Menschen an den Tag gelegt, wenn sie hinter ihnen nicht den goldenen Hintergrund gesehen und daran gedacht hätte, daß bei Ralf Jansen vielleicht die Rettung lag für sich und ihre Töchter. Dagmar und Lotte fanden es aber ohne alle Nebengedanken ganz reizend in Schloß Berndorf.

Mit einem liebenswürdigen Lächeln sagte Frau Ellen:

„Ich weiß nicht, liebe, verehrte Frau Jansen, ob ich noch das Recht habe, Besuch nach Schönau zu laden. Aber wenn es Ihr Herr Sohn gestattet, dann tue ich es gern. Bitte, besuchen Sie uns in Schönau, ehe wir es verlassen." Lächelnd nickte Frau Jansen.

„Ich werde gern kommen. Und ich hoffe, Sie verlassen Schönau noch nicht so bald. Jedenfalls hoffe ich auch, daß Sie uns heute nicht das letzte Mal die Ehre geben. Wir werden uns freuen, wenn Sie wiederkommen, und wenn es sein kann, auf längere Zeit als heute."

Das versprachen die Damen gern. So trennte man sich im besten Einvernehmen.

Ralf brachte die Damen an den Wagen. Als ihm die Komtesse zum Abschied herzlich und warm die Hand drückte, strahlten seine Augen glückselig in die ihren.

Mit entblößtem Haupte blieb er stehen, bis der Wagen seinen Blicken entschwunden war. Dann eilte er zu seiner Mutter zurück.

„Nun, Mutterle?" fragte er, ihre Hand fassend und sie forschend ansehend.

Sie nickte ihm lächelnd zu.

„Sie ist ein liebes, süßes Geschöpf, die Komtesse. Auch ihr Schwesterchen ist ein Goldkerlchen. Und die Mutter — nun, für eine so verwöhnte Dame war sie recht liebenswürdig. Es ist schon recht, Ralf, daß du ihnen geholfen hast."

„Ich freue mich, Mutterle, daß sie dir gefallen haben, vor allem die Komtesse."

„Ja, ja, die hat mir freilich am besten gefallen; mein Büble hat sein Herz an ein rechtes Kleinod gehangen. Das ist ein feines, ehrliches Menschenkind, ohne Arg und Falsch. Aber gar so traurige Augen hat sie gemacht. Die lachten nicht mit, wenn die Lippen lachten. Armes, liebes Ding."

Er atmete tief auf.

„Ich hatte große Angst um sie, Mutter, seit ich ihr gestern gesagt hatte, daß der andern sie verraten hat. Ich fürchtete, es müsse etwas sehr Schlimmes geschehen. Gottlob, das Aergste hat sie nun wohl überstanden."

„Ihr Stolz hat ihr geholfen, Ralf. In solchen Fällen gibt es nichts für eine Frau, als ihren Stolz, der sie vor Verzweiflung bewahrt."

„Sie wird es überwinden, Mutterle, nicht wahr?"

Lächelnd strich sie über seinen Arm.

„Das wollen wir hoffen", sagte sie.

Im Stillen schickte sie ein Gebet zum Himmel empor, daß die Komtesse den anderen vergessen und ihr Herz ihrem Sohne zuwenden möge.

„Sie müßte ja blind sein, wenn sie nicht erkennen würde, wie viel besser ihr Herz wählt, wenn es sich meinem Ralf zuwendet. Eine Liebe, wie die seine, muß doch endlich Gegenliebe wecken. Er hat es wahrlich um sie verdient. Und wenn sie auch eine Komtesse ist, einen besseren Mann kann sie nicht finden", dachte sie.

(Fortsetzung folgt.)

werden. Festzustellen sei, daß die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt habe. Der weitern Nachprüfung der Sache stellten sich auf dem Verwaltungswege gewisse Schwierigkeiten entgegen. Auf Aufforderung der Deutschnationalen und des Abgeordneten Andre (Ztr.), sich zu der Angelegenheit Kerkhoff noch deutlicher auszusprechen, erklärte der Minister: Leider seien auch im Falle van den Kerkhoff Aktendiebstähle vorgekommen. Man solle jedoch dem Minister Zeit zur Nachprüfung geben und möge den Fall vorläufig von der Erörterung absetzen. Dr. Helfferich (Dnatl.) verlas hierauf eine Ehrenerklärung des Vorsitzenden des betreffenden Finanzamtes, worin dem Abgeordneten van den Kerkhoff bescheinigt wird, daß er das gesamte zur Beurteilung seiner Steuerpflichten notwendige Material dem Finanzamt freiwillig zur Verfügung gestellt habe, und daß das Finanzamt zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß die Denunziation gegen den Abgeordneten van den Kerkhoff vollständig gegenstandslos sei. Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte nochmals, daß er selbstverständlich irgendeine Insinuation gegen van den Kerkhoff weder ausgesprochen habe noch habe aussprechen wollen. Er habe lediglich von Schwierigkeiten auf dem Verwaltungswege gesprochen. Nunmehr forderte der Abgeordnete Schultz-Bromberg (Dnatl.) den Minister auf, für den Abgeordneten van den Kerkhoff eine deutliche entlastende Erklärung abzugeben. Darauf erwiderte Minister Dr. Wirth, er könne unmöglich erklären, daß das vom Finanzamt abgegebene Urteil über den Fall Kerkhoff unerschütterlich sei. Er wolle niemand belasten, er sei aber heute, ohne genügende Kenntnis der Akten, nicht berufen, jemand zu enklasten. Im weitern Verlauf der Erörterungen machten die Abgeordneten Dr. Helfferich (D.-N.) und Schultz, Bromberg (D.-N.), dem Minister den Vorwurf, daß er sich zu dem Fall van den Kerkhoff stets in dunklen Andeutungen ergehe, ohne klar mit der Sprache herauszurücken. Als dann auch noch von andern Seiten dringend weitere Aufklärung verlangt wurde, erklärte Reichsfinanzminister Dr. Wirth, daß [illegible] Abgeordnete van den Kerkhoff, nachdem [illegible] Reichstag auch in dem schwebenden Verfahren seine Immunität nicht aufgehoben hatte, [illegible] einem amtlich versiegelten Geldschrank Siegel eigenmächtig entfernt habe. (Große Bewegung bei allen Parteien.) Schultz, Bromberg (D.-N.), erklärt dazu, daß der Abgeordnete van den Kerkhoff, der nicht nur sein eignes Vermögen, sondern auch fremde Werte zu verwalten habe, wahrscheinlich dringender Geschäftsbedürfnisse halber zu dem Inhalt des Geldschranks habe kommen müssen, und daß er sich, nachdem der Reichstag seine Immunität bestätigt hatte, für befugt gehalten hätte, die amtlichen Siegel eigenmächtig lösen zu können. Die linken Parteien widersprachen entschieden der Ansicht, da der Abgeordnete Kerkhoff auch nach der Bestätigung seiner Immunität keinesfalls berechtigt sein könne, einen zur Aufklärung des Sachverhalts amtlich versiegelten Geldschrank eigenmächtig zu öffnen. Es wurde darauf von einer weitern Erörterung abgesehen und der Reichsfinanzminister von allen Seiten gebeten, sobald wie möglich die Akten prüfen zu lassen und dem Hauptausschuß über die Sache van den Kerkhoff volle Aufklärung zu geben. Dr. Wienbeck (D.-N.) fragte an, wie es mit der Steuerangelegenheit des Abgeordneten Erzberger stehe. Der Reichsfinanzminister habe bereits im Herbst vorigen Jahres eine Aufklärung in absehbarer Zeit in Aussicht gestellt. Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth erklärte, daß die Sache der Staatsanwaltschaft weitergegeben worden sei. — Weiterberatung Mittwoch.

Die europäische Kohlenlage.

(TU) Ueber die Kohlenversorgung Europas erhält der Lokalanzeiger von unterrichteter Seite ein Bild, das durch seinen günstigen Eindruck einen neuen Beleg für die Härte der Entente in ihren Forderungen uns gegenüber gibt. Danach hat sich die Lage in letzter Zeit gänzlich verändert. Holland, die Schweiz, Dänemark, Schweden, Norwegen und besonders auch Frankreich sind für eine Reihe von Monaten mit Kohlen völlig eingedeckt. Am besten spricht dafür der Umstand, daß der Preis der Kohlen erheblich zurückgegangen ist. In England machen sich bereits bedenkliche Folgen des Preisrückganges bemerkbar. Frankreich, England und Italien werden durch gewaltig gesteigerte Lieferungen von deutschen Reparationskohlen immer unabhängiger in der Kohlenversorgung. Die Entente ist also, wie man sieht, mit Kohlen geradezu übersättigt. Das hindert sie aber nicht, Erleichterungen für Deutschland zu versagen und, wo sie nur kann, das Würgeband noch enger zu ziehen.

Das Mietssteuergesetz.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues, meist als Mietssteuer bezeichnet, zugegangen, der die Beschaffung der Mittel für die weitere Unterstützung der Bautätigkeit sichern soll. Der Entwurf sieht vor, daß die Länder zur Verzinsung und Tilgung der Mittel, die sie zur Gewährung der Baukostenvorschüsse aufwenden, eine Abgabe in Höhe von fünf v. H. des Mietswertes von 1914, also nicht der heutigen gesteigerten Miete von den Grundstücken (nicht nur von Wohngebäuden, sondern auch von Läden, Geschäftsräumen, Werkstätten, Fabriken und dergleichen) erheben. Die Gemeinden sollen Zuschläge in gleicher Höhe für den gleichen Zweck erheben. Befreit von der Abgabe sind öffentliche und gemeinnützige Gebäude, ferner alle abgabepflichtigen mit geringem Einkommen (die Grenze schwankt zwischen 6—9000 Mark, je nach den Ortsklassen). Neubauten dürfen mit Mitteln aus der Abgabe nur unterstützt werden, wenn Sicherheiten gegen spekulative Ausnutzung gegeben sind. Der Reichsrat hat eine abweichende Vorlage beschlossen, welche vor allem die Aufbringung der Mittel statt durch die von der Reichsregierung vorgeschlagene Abgabe durch eine landesgesetzliche Grundsteuer ermöglichen soll. Die Reichsregierung hält jedoch an ihrem Entwurfe fest, da die vom Reichsrat vorgesehene Lösung die dringend notwendige baldige Beschaffung der Gelder für die Belebung der Bautätigkeit verzögert würde und außerdem bei der Heranziehung der Grundsteuer die im Entwurfe der Reichsregierung enthaltenen sozialpolitischen Gesichtspunkte nicht genügend berücksichtigt sind. Dem Reichstag sind daher gegensätzliche Vorlagen der Reichsregierung und des Reichsrates zugegangen.

Abbau des Steuerabzugs.

Parteien und Reichsregierung sind, wie bereits gemeldet, dahin übereingekommen, daß der Steuerabzug durch eine Lohn- bezw. Gehaltssteuer ersetzt werden soll. Der Steuerabzug werde so gestaltet werden, daß er die ganze Steuerschuld deckt. Reichsfinanzminister Wirth hat dem Steuerausschuß in einer Denkschrift die Vorschläge der Regierung unterbreitet. Bei Einkommen bis zu 20 000 Mark jährlich soll einheitlich eine Lohnsteuer von 10 Prozent erhoben werden. Eine besondere Veranlagung erfolgt in diesem Falle nicht. Der bisherige steuerfreie Einkommensteil wird ersetzt durch Abzug von der Steuer; für jede auf das Einkommen des Steuerzahlers angewiesene Person dürfen von der Steuer 120 und 60 Mark abgezogen werden. Alle Einkommen über 20 000 Mark unterliegen der Veranlagung, aber auch bei ihnen wird für die ersten 20 000 Mark nur der Steuersatz von 10 Proz. erhoben. Für die überschießenden Einkommensbeträge steigt der Steuersatz rasch an, und zwar beträgt er bei den weiteren 2000 Mark steuerbarem Einkommen 20 Proz., bei den nächsten 2000 Mark 22 Proz., bei den nächsten 2000 Mark 24 Proz., bei den nächsten 2000 Mark 27 Proz., bei den nächsten 2000 Mark 30 Proz., bei den nächsten 10 000 Mk. 35 Proz., bei den nächsten 20 000 Mark 40 Proz., bei den nächsten 20 000 Mark 45 Proz., bei den nächsten 20 000 Mark 50 Proz., bei den nächsten 100 000 Mark 55 Proz., für die weiteren Beträge 60 Prozent. Stimmt der Reichstag diesen Grundsätzen des Finanzministers zu, so würden bei den niederen Einkommen, besonders wenn der Steuerzahler eine große Familie zu ernähren hat, eine wesentliche Ermäßigung der bestehenden Steuersätze eintreten, und erst bei Einkommen von etwa 80 000 Mark jährlich würde dieser neue Tarif ebenso wirken wie das geltende Gesetz.

Weitere Nachrichten.

— **(Dr. Simons zur Unterstützung Lenins und Trotzkis.)** Auf eine Anfrage des kommunistischen Abg. Duewell, ob während des Krieges Lenin und Trotzki und andere bolschewistische Persönlichkeiten von der deutschen Reichsregierung mit etwa 5 Millionen Mark unterstützt worden seien, oder ob diese eine Unterstützung durch die deutschen Militärbehörden erhalten hätten, teilte Reichsminister des Aeußeren Dr. Simons mit, daß die Akten des Auswärtigen Amtes keinen Anhaltspunkt dafür geben, daß Lenin und Trotzki aus Mitteln des Auswärtigen Amtes unterstützt worden seien, oder daß das Auswärtige Amt einer Unterstützung dieser Politiker durch die deutschen Militärbehörden zugestimmt habe.

— **(Die Amerikaner entschuldigen sich.)** Im Auftrage des Generals Allen, des Oberkommandierenden der amerikanischen Streitkräfte, erschien bei dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete dessen Vertreter Oberst Stone und erklärte, General Allen wolle sich hierdurch formell bei der deutschen Reichsregierung und der badischen Landesregierung entschuldigen wegen der von zwei amerikanischen Kriminalbeamten versuchten Verhaftung des Deutsch-Amerikaners Berchdolt auf badischem Gebiet. Der General gab zu dem Unternehmen, welches er sehr bedauert, keinen Auftrag und billigt denselben nicht. Der Auftrag zur Verhaftung des Berchdolt wurde von dem erst kürzlich nach Deutschland gekommenen, hier noch unbekannten Provost, Marschall in Koblenz, gegeben, der glaubte, daß Berchdolt sich in der französischen Zone des besetzten Gebietes aufhalte.

— **In der Landesirrenanstalt Blankenhain** in Thüringen ist man riesenhaften Unterschlagungen auf die Spur gekommen. An der Spitze der Betrügereien steht die seit 30 Jahren im Dienste der Anstalt wirkende Oberwärterin Schatschabl. Wie in einem Warenhause türmen sich, so wird berichtet, die veruntreuten Gegenstände auf. Schatschabl und eine andere Wärterin sollen versucht haben, sich mit Sublimat zu vergiften. Von einer Wärterin heißt es, daß sie an den Folgen der Vergiftung bedenklich darniederliegt, während die Oberin verhaftet wurde.

Senatspräsident Blanckmeister verunglückt.

(TU) **Berlin,** 2. Febr. Der Senatspräsident des Kammergerichts, Ernst Blanckmeister, hat durch einen bedauerlichen Unfall sein Leben verloren. Er wollte auf dem Lehrter Bahnhof einen Zug besteigen, der bereits im Anfahren war, glitt aus und kam zwischen Trittbrett und Bordschwelle zu liegen. In dieser Lage wurde er eine Strecke weit mitgeschleift. Blanckmeister wurde ins Krankenhaus gebracht. Sein Zustand verschlimmerte sich aber derart, daß er bald darauf starb.

Briands Hoffnung auf die Ausfuhrsteuer.

(TU) **Paris,** 2. Febr. Briand erklärte, die Ausfuhrsteuer sei das beste Mittel zur Befriedigung Frankreichs und seiner Alliierten. Die Zukunftsmöglichkeiten, meint er, lassen voraussehen, daß die Steuer jährlich 31/2 Milliarden einbringen werde.

Kleine Nachrichten.

Die Gewerkschaften aller Richtungen Oberschlesiens erließen einen Aufruf an ihre Mitglieder, worin es heißt: Wir stehen vor dem Endkampfe um die Zugehörigkeit Oberschlesiens. Die Gewerkschaften zweifeln nicht an dem Sieg der deutschen Kultur und des Fortschritts. Oberschlesien wird deutsch stimmen, dafür werden die organisierten Arbeiter sorgen.

Der polnische Plebiszitkommissar Korfanty wurde wegen Mordanstiftung und Gewalttätigkeiten beim letzten Putsch verhaftet. Sein Vorgänger, der sich alter Zuchthäusler entpuppte, ist dieser Tage wegen Unterschlagung von 20 000 Mark verhaftet worden.

Am Sonntag kam der brasilianische Dampfer „Curvilla" auf der Reise von Hamburg nach Brasilien im Hafen von Antwerpen an. An Bord befanden sich auch viele deutsche Auswanderer, welche bei der Einfahrt in den Hafen die Wacht am Rhein sangen. Dies führte zu Zwischenfällen. Das Schiff mußte von der Polizei bewacht werden, die den deutschen Auswanderern das Singen verbot. Auch wurde ihnen nicht gestattet, an Land zu gehen.

Das Reich hat anstelle der angeforderten sechs Millionen Mark der Stadt München 3½ Millionen Mark für Münchener Aufruhrschäden überwiesen, zur sofortigen Vorschußleistung an alle Aufruhrgeschädigten.

Im Wohnungsausschuß des Reichstages wurde gestern mitgeteilt, daß der Reichsrat sich mit der Regierung über den Entwurf eines Wohnungssteuergesetzes verständigt habe, und daß eine Umarbeitung des Entwurfes vorgelegt werde.

Unter dem Namen „Nowyi Mir" erscheint seit dem 30. Januar in Berlin eine Bolschewistenzeitung in russischer Sprache. In dem Leitartikel der ersten Nummer bezeichnet es das Blatt als seine Aufgabe, im Auslande seine Stimme zum Schutze Sowjetrußlands zu erheben.

In der vorgestrigen Sitzung der Kammer teilte der niederländische Kolonialminister mit, daß die niederländische Regierung beabsichtige, 200 deutsche Volksschullehrer für den Unterricht in Niederländisch-Indien anzustellen.

Wie gemeldet wird, ist der Chefredakteur des „Aachener Volksfreund", Dr. Heinen, erneut von den Belgiern verhaftet worden. Die Gründe hierfür sind nicht bekannt.

Stimmen aus dem Publikum.

(Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

An den Landwirtschaftlichen Verein, Kamen. Am Samstag, den 22. 1. 21, fand Ihr Wintersest statt, zu dem meine Frau und ich vom Landwirt Herrn L. eingeladen waren. Auf meine wiederholten Einwände, daß ich doch eigentlich nicht in solch einen Verein hineinpasse, wurde mir erklärt, daß jeder Landwirt so viel Lebensart hätte, bei solchen Festen über politische Gegensätze hinwegzusehen. Leider sollte ich durch folgendes Ereignis eines anderen belehrt werden. Nachdem wir durch Herrn L. bereits vor 1½ Stunden eingeführt waren, wir uns an der Polonaise und am Tanze schon beteiligt hatten, trat plötzlich ein Mann auf mich zu und fuhr mich an: „Wer sind Sie?" und nach seiner Legitimierung als noch vollständig nüchterner Mensch zum zweiten Male: „Wie kommen Sie hierher?" — Es war der Landwirt Poth-Derne. Ich wies ihn an meinem Gastgeber. Er erklärte, daß er uns als Gäste eingeführt hat wegen unserer Familienbeziehung und der Verein kein politischer sei. Poth aber entgegnete, daß ich nicht hier bleiben könne, da solche Leute, wie ich bin, nicht in den Verein passen, nachdem was in Kamen passiert ist. Nach diesem beleidigenden Rausschmiß, der jegliches Gastrecht mit Füßen tritt, verließen Familie L. und wir den Saal. Wäre das einem von Ihnen im Arbeiterverein passiert, so hätten Sie sicher gerecht geurteilt: ungebildet, unerzogen, unerhört oder gar flegelhaft! Und in diesem Falle, lieber Leser? Nun, im Arbeiterverein kann so etwas nicht passieren, weil eben der Arbeiter mehr Herzensbildung besitzt. Da sich jeder Verein durch seinen Vorsitzenden charakterisiert, gebe ich Ihnen hiermit Gelegenheit, zu dem unverzeihlichen und dem Ansehen des Vereins schädlichen Handeln des Herrn Poth Stellung zu nehmen. Ein politischer Grund konnte nicht vorliegen, da in Ihrem Vorstande anscheinend ein radikaleres Mitglied vorhanden ist, ein Mitglied der „Roten Armee", das sich in den Kapputschtagen als solches durch Tragen einer roten Schleife dafür ausgeben wollte, nämlich Herr B. von Overberge. So unerklärlich Poths Verhalten ist, eins hat er bewiesen, daß Ihre Leute den Klassenhaß schüren und Urheber eines Klassenkampfes sind. Nicht wir Sozialisten sind schuld, sondern Sie. Die Früchte werden Sie ernten!

Lehnemann, Lehrer (Mitglied der S. P. D.).

Sport.

Kamen, 3. Febr. Genau wie in allen Städten Deutschlands der Sport gepflegt wird, um die Jugend in ihren körperlichen Kräften zu stählen, so hat es sich auch hier in unserer Stadt der Athleten-Klub „Attila" zur Aufgabe gemacht, den athletischen Sport, besonders aber den Ringkampf, in ein gutes Gleis zu leiten. Dieses wird der A. K. A. schon am 6. Februar auf offener Bühne bei Herrn Heinrich Nagel am Westentor zur Geltung bringen. Vor einigen Wochen erließ der Klub einen Aufruf durch die „Kamener Zeitung" an die hiesigen Ringer, sich an einer Konkurrenz zu beteiligen. 10 wohlbekannte, gute Kräfte sind dem Rufe gefolgt und haben sich zum Austragen eines Ehrenpokals der Stadt Kamen gemeldet. Schon heute wird die Entscheidung des Kampfes von vielen Sportsleuten spannend erwartet, da die bekannten Ringer sich an Kraft und Technik ziemlich gleich stehen und ein jeder sein bestes hergeben wird, um als Sieger um den Ehrenpokal der Stadt aus dem Wettkampfe hervorgehen zu können. Der Kampf wird in der altgewohnten griechisch-römischen Art ausgetragen. Als Schiedsrichter haben sich 2 auswärtige Sportsleute gemeldet. An diesem Tage wird es sich zeigen, wer der beste Ringer der Stadt sein wird. Außer dem Ringkampf wird noch hervorgehoben das Auftreten der Handakrobaten und der Stemmriege, Gewichte bis zu 100 Kgr. werden von der Riege gehoben. Dieser Abend wird den Bewohnern der Stadt besonders empfohlen. (Näheres im Inserat der morgigen Nummer.)

Vereinsnachrichten.

Kamen, 3. Februar. **(Sommerfest des Knappen.)** In einer äußerst gut besuchten Generalversammlung des Knappenvereins „Gute Hoffnung" wurde bekanntgegeben, daß man auch in diesem Jahre wieder mit dem Bruderverein „Kameradschaftliche Eintracht" ein Uebereinkommen getroffen habe, ein gemeinschaftliches Sommerfest zu veranstalten, um auf diese Weise die vielen Festlichkeiten etwas einzuschränken. Das Fest soll am 3. Juli in den Reinhardschen Lokalitäten stattfinden. Wir bitten die Vereine unserer Stadt, doch dieses Datum berücksichtigen zu wollen, damit auch den Knappen, die tagtäglich ihrem schweren Beruf nachgehen und denen einige Stunden der Zerstreuung wohl zu gönnen sind, ihre Freude nicht verdorben wird. „Glückauf!"

Konzert, Theater 2c.

Kamen, 3. Febr. **Die U.-T.-Lichtspiele** haben den Besitzer gewechselt. Die neuen Inhaber treten mit einem Weltstadt-Programm in der Eröffnungsvorstellung am Sonnabend an die Oeffentlichkeit und geben jetzt schon bekannt, daß das geräumige und renovierte Theater sortan täglich geöffnet ist. Das Programm für den Eröffnungsabend wird noch bekanntgegeben.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Entschlafenen und für die zahlreichen Kranzspenden sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie der Firma Klein und Söhne und dem kath. Jünglingsverein unsern herzlichsten Dank.

Familie Franz Jour.

Kamen, im Februar 1921. 561

Für die uns in so reichem Maße erwiesene Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes sagen wir

herzlichen Dank.

Frau Berta Steube und Kinder.

562

Heute 515

noch müssen Sie uns eine Karte schreiben, wenn Sie unsere Preisliste über Hygienische Artikel, Frauenduschen, Gummiwaren

gratis

zugesandt haben wollen.

Bendin & Co.,
Dortmund 1,
Schließfach 470.

Heinrich Büscher
Hedwig Büscher
geb. Denninghaus

Vermählte.

Weddinghofen, 3. Februar 1921.

573

Gegen Bartflechte,

Schuppenflechte, Hautausschlag

verwendet man mit bestem Erfolg Creme **„Verden"**, seit 1906 unstreitig das beste Hautpflegemittel. Nehmen Sie nichts anderes. Große Dose Mk. 10.— franko gegen Nachnahme durch die General-Vertretung **Bendin u. Co.,** Dortmund I, Schließfach 470 K.

Preisliste über hygien. Artikel gratis und franko. 380

Nutz- und Brennholzverkauf

auf Haus Reck bei Kamen.

Am Montag, den 7. Februar, vormittags 10 Uhr beginnend am Gute, werden verkauft:

13 Pappelstämme 30—54 cm. Mittendurchmesser = 20,37 fstm.

Distrikt Haßlei:

15 Eichen, 25—54 cm Mittendurchmesser = 15,81 fstm.

Distrikt Kamener Heide:

70 Haufen Kiefernstangen,
36 Haufen Fichten- u. Lärchenstangen, geeignet zu Leiterbäumen, Weidepfählen und Frechtungsstangen.

Mittags 1 Uhr, „An der Bever" in der Nähe der Wirtschaft Schlotjunker in Rünthe:

70 Haufen Rottannen- und Eichenstangen, geeignet zu Leiterbäumen, Weidepfählen und Frechtungsstangen.

Der Verkauf erfolgt meistbietend. Unbekannte Käufer haben bar zu zahlen. 537

Gelsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft Rhein-Elbe, Gelsenkirchen.

Umgepresst
wird jeder
Herren-Hut
für nur **17.50 Mk.** in eigener Werkstatt.
Gebr. Keil, Kamen,
Bahnhofstrasse 445.77

U.-T. Lichtspiele

— Kamen. —

Den werten Einwohnern von Kamen und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß wir das bisher von Herrn Hiddemann betriebene Kino übernommen haben. Die

Eröffnung

erfolgt am Sonnabend, den 5. Februar, nachmittags 5 Uhr mit einem großen Weltstadtprogramm

Wir bringen die großen Schlager wie

„Anna Boleyn"
„Das Mädchen aus der Ackerstr"

usw. noch im Laufe dieses Monats.

Abgeschlossen haben wir sämtliche neuen Filme mit Pola Negri, Henny Porten, Hella Moja, Lotte Neumann, Fern Andra, Mia May, usw.

Unser Theater ist in Zukunft jeden Tag geöffnet. Näheres in der Samstag-Ausgabe.

Um gefl. Zuspruch bitten 571

Levering und Schenk.

Achtung! **Achtung!**

Jubel u. Trubel in allen Ecken!



Der Junggesellenklub Fidel u. Heiter

Oberaden

veranstaltet am **Sonntag, den 6. Februar,** im Saale des Herrn H. Kötter einen

großen Fastnachts-Ball

— **Anfang 5 Uhr.** —

Die Musik wird ausgeführt von der Oberadener Stadtkapelle.

Hierzu ladet ein

Der Vorstand.

3 Uhr: **General-Versammlung** mit Vorstandswahl.

Drehstrom-Motore

(Fabr. Bergmann, Berlin)

jede Spannung und Leistung ab Lager Haspe oder Fabrik Berlin zu Fabrikpreisen, **sofort oder kurzfristig lieferbar.**

Herstellung elektrischer Licht- und Kraftanlagen jeden Umfanges.

389 Installations-Büro für Elektrotechnik.

Theodor Plate, Haspe i. W., Fernruf 3591 Amt Hagen.

Concessioniert bei folgenden Werken: Kommunales Elektrizitäts-Werk Mark, Hagen; Verbands-Elektrizitäts-Werk, Dortmund; Städtisches Elektrizitäts-Werk, Hagen.

Kranke Frauen Männer

welche bisher keine Hülfe fanden, versuchen Sie mein **komb. Heilverfahren** bei

Leinschäden als Krampfadern, Entzündungen, Geschwüren, geschwollenen Beinen, Steifheit, eingewachsenen Nägeln. **...leiden,** jeder Art Flechten, Krätze, Hautverdickung, Hautgrinden. Hühneraug n usw.

...krankheiten, Blutarmut, Bleichsucht, Nerven-, Magen-, ...dauen- und Leberleiden, Gicht und Rheumatismus, Wassersucht, Krämpfe (Fallsucht).

Bandwurm, Spul- und Madenwürmer werden in 2 Stunden schmerz- und gefahrlos entfernt.

...leiden werden operationslos nach dem Dr. Reimannschen Heilsystem behandelt.

Kieweis Naturheilinstitut Dortmund,

Liebfrauenstraße 20 an der Liebfrauenkirche.

Aeltestes Institut am Platze. Keine Dankschreibenreklame.

Sprechstunden täglich (außer Dienstags) von 9 bis 12 Uhr und 2 bis 5 Uhr, Sonntags nur vormittags. p80



Hautjucken, Krätze

wird unter Garantie in 3 Tagen mit echtem Pinx geheilt. Geruchlos ohne Berufsstörung. Paket für Kinder 6.50, für Erwachsene 10.00, für ältere Fälle 15.00. Dazu Luna-Blutreinigungstee, allein echt durch 572

Löwendrogerie Willy Klinkmann
Weststraße 1.

Reparaturbedürftige

Flügel, Pianinos und Harmoniums

jeden Alters werden in unseren Werkstätten innerlich und äußerlich wieder so hergestellt, daß sie jahrzentelg. d. höchsten Ansprüchen ihres Besitzers genüg.

Carl Ebel & Sohn,
Unna, Pianofortefabrik mit elektr. Antrieb.
Für unsere Arbeiten leisten wir volle Gewähr.

Zwangs-Versteigerung

Freitag, den 4. d. M., vorm. 10 Uhr, werde ich an Ort und Stelle, Sammelplatz der Käufer, Wirtschaft **Rinschede** am Bahnhof, 577

1 Klavier

öffentlich, meistbietend, gegen Barzahlung versteigern.

Falley,
Gerichtsvollzieher.

Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands.

Sektion der III. Internationale.

Mitgliederversammlung

Samstag, den 5. Februar 1921, abends 8 Uhr, in der Wirtschaft Wilhelm Samson, Weststraße 46.

Diese Mitgliederversammlung beruft der **Unterbezirk Dortmund** ein und wird darin Stellung nehmen zu Angelegenheiten der Partei innerhalb der Ortsgruppe Kamen. Das Erscheinen aller Genossen ist unbedingt erforderlich. Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß. **Der Unterbezirk entsendet einen Vertreter.** 530

Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands.
Unterbezirk Dortmund.

Wiederverkäufer

kaufen

Rauchtabak

Winkelmann grob und krüll
Rottmann „ „ „
Oldenkott „ „ „
Bruns & Söhne „ „
(Tabak mit der Spinne)
Echter Schwarzer Krauser Shag- und Zigaretten-Tabak

zu Original-Fabrikpreisen nur bei

Hans Dolle

TabakfabrikateGroßhandlung
Fernruf 2 **Kamen** Markt 16.

Größte Spezialhandlung in Tabakwaren. 431

Wir empfehlen:

Ia. helles Backoel	Liter Mk.	15.00
Ia. Schweineschmalz	Pfund	13.90
Ia. Pflanzenbutter	Pfund	11.75
Ia. Vollreis	Pfund	3.90
Ia. Santos-Kaffee	Pfund	24.50
Ia. Mischkaffee	Pfund	11.50
Ia. Kernseife	Doppelstück	5.25
Ia. Schokolade	Tafel von	3.25 an
Ia. Riesenerbsen	Pfund	2.80
Ia. geschälte Erbsen	Pfund	3.00
Ia. Mais	100 Pfund	173.00
Ia. Maisfuttermehl	100 Pfd.	183.00

Gebr. Sirringhaus

Weststraße 4. Hammerstr. 194.

Stroh

größere Posten frei Haus liefert 567

H. Menne, Nordstr.

Bandoneon,

neu, für Anfänger, 100-tönig, zu verkaufen.

568 **Schillstr. 92.**

Warnung!

Habe in meinem Garten für immer 521

Gift gelegt.

Karl Müller,
Berakamen, Schillstr. 8.

Arnold Wiemer
Kamen.

Für die Konfirmation!

Schwarze Kleider-Stoffe

566

Die besten Qualitäten
Die billigsten Preise
Die grösste Auswahl.

Fortsetzung des

Inventur-Ausverkaufs

Damenstoffe,
Herrenstoffe, Baumwollwaren,
Wäsche, Strumpfwaren u. s. w.

sind zu **billigen Extrapreisen** neu ausgelegt. 574

Gebr. Liesegang, Methler.

Rindviehsterbekasse
Overberge, Lerche.

Außerordentliche

General-Versammlung.

Sonntag, den 6. Febr. nachm. 3 Uhr, Wirtschaft **Schulze-Wiehenbranck.**

Tagesordnung:

1. Beratung über Aufhebung d. Diebstahlsversicherung.
2. Erhöhung der Versicherungssumme.
3. Besprechung üb. durch Seuchen gefallenes Vieh.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet p570

Der Vorstand.

Methler.

Mutterberatung

am **Freitag,** um 4 Uhr im Gemeindehaus. 1719

---

6 Faselschweine

5 Monate alt, zu verkaufen. 564

Wo, sagt die Geschäftsst. d. Kamener Ztg.

Ein zuverlässiges

Mädchen

für Haus-, Garten- und Feldarbeit für sofort oder später gesucht.

Landwirt Gottfr. Voigt.
Oberaden,
(Kreis Hamm).

Wegen Erkrankung des jetzigen suche für sofort ein

Mädchen

von 15—16 Jahren. 560
Gerwinn, Bahnhofstr. 47.

Die **Kontrolle der Beitragsleistung für die Invalidenversicherung** wird in hiesiger Stadt voraussichtlich **am Donnerstag, den 3. ds. Mts.,** beginnen.

Wir geben diese Revision mit der Aufforderung bekannt, die Quittungskarten und die zur Revision erforderlichen Unterlagen, als Aufrechnungsbescheinigungen, Lohnlisten, Dienstbücher, Arbeitsbücher, Krankenkassenbücher und Krankenkassenabrechnungen sowie etwaige Aufzeichnungen über Lohnarbeiten usw. bereitzuhalten, damit sie dem Kontrollbeamten ohne Verzug vorgelegt werden können und Vorladungen oder gar Bestrafungen vermieden werden. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer dürfen sich, wenn sie verhindert sind, durch eine erwachsene Person vertreten lassen; **diese muß aber über alle in Betracht kommenden Arbeits- und Lohnverhältnisse ausreichende Auskunft geben können.** 578

Kamen, den 1. Februar 1921.

Der Magistrat: Dr. Wiesner.

Abschrift.

Die **Bildung einer katholischen Kirchengemeinde Altenbögge** ist in Aussicht genommen.

Die neu zu bildende Kirchengemeinde soll die katholischen Bewohner der bisherigen Filialkirchengemeinde Altenbögge umfassen.

Wer gegen die Bildung der neuen Kirchengemeinde Einwendungen erheben oder Ansprüche auf Entschädigung wegen Verlustes besonderer Rechte und Vorteile infolge der Neubildung geltend machen will, kann gemäß § 239 Teil II Titel 11 des Allgemeinen Landrechts diese Einwendungen und Ansprüche innerhalb 4 Wochen vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntgabe an bei dem Herrn Landrat in Hamm schriftlich oder mündlich anbringen.

Arnsberg, den 8. Januar 1921.

Regierung, 569
Abteilung für Kirchen- und Schulwesen:
gez. Nobiling.

Zum 1. April für kleinen Haushalt 14- bis 15jähriges

Halbtagsmädchen

gesucht. 565

Studienrat
Schulze-Westen,
Hammerstr. 196.

Auskunft

in hygienischen Angelegenheiten erteilt kostenlos 1239
E. Becker, Dortmund,
1. Kampstr. 126 II am Körnerplatz

Anzeigen aller Art

inseriert man erfolgreich in der

Kamener Zeitung.